

70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Befreiung vom Faschismus durch die weltweite Anti-Hitler-Koalition sind unsere Hauptforderungen zum Ostermarsch 2015:

- Keine Waffenlieferungen an Kiew: Gefährliche Eskalation vermeiden!
- Keine weitere finanzielle Unterstützung für die Kriegführung des Kiewer Regimes!
- Keine Teilnahme der Bundeswehr an Kriegsübungen, die Spannungen weiter eskalieren, z. B. im Baltikum oder im Schwarzen Meer!
- Rückzug Deutschlands aus der Schnellen NATO-Eingreiftruppe in Osteuropa und ihrer »Speerspitze«!
- Schluss mit der Abschiebung von Flüchtlingen aus der EU in ukrainische Gefängnisse!
- Keinerlei Unterstützung der faschistischen Parteien und »Freiwilligenbataillonen« in der Ukraine!
- Unterstützung des demokratischen Wiederaufbaus im befreiten Rojava (Kobane)!
- Die Bundesregierung muss die türkische Regierung auffordern, den Nachschub für die Terrormiliz IS sowie den Ölschmuggel der IS über die Türkei zu unterbinden!
- Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr!
- Verbot der Waffenexporte! – Konversion der Rüstungsproduktion!
- Ächtung und Abschaffung von Militär-Drohnen, Landminen, Uranmunition sowie aller Atom- und sonstigen Massenvernichtungswaffen!
- Die NATO auflösen – und durch ein System kollektiver Sicherheit unter Einbeziehung Russlands ersetzen!

Hanauer Friedensplattform

Diese Einladung zum Ostermarsch 2015 ist eine Veröffentlichung der

Hanauer Friedensplattform

Sie trifft sich jeden 1. und 3. Montag im Monat um 19.30 Uhr im DGB-Jugendheim Hanau, Am Freiheitsplatz 6 (Anbau am DGB-Haus, Eingang rechts neben dem Buchladen bzw. im Hof).

Die Hanauer Friedensplattform organisiert traditionell den jährlichen hessischen Ostermarsch-Auftakt jeweils am Karfreitag in Bruchköbel sowie fallweise Infoveranstaltungen.

Archiv-Webseite: www.friedensplattform.de

ViSdP: Hanauer Friedensplattform, Doris Werder, Jahnstr. 8, 63450 Hanau

Bundesweite Info-Suchmaschine / Pressearchiv: Bundesausschuss Friedensratschlag – www.ag-friedensforschung.de

Bundesweite Veranstaltungs-Suchmaschine: Netzwerk Friedenskoooperative – www.friedenskoooperative.de

Ostermarsch 2015

für Frieden und Abrüstung

Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

Bruchköbel, Karfreitag, 3. 4. 2015

14.00 Uhr Kundgebung am Freien Platz

ca. **15.00 Uhr Ostermarsch durch Bruchköbel**

ca. **15.30 Uhr Friedensfest an der Dicken Eiche**

Redner: **Andrej Hunko** (Bundestagsabgeordneter Die Linke und Ukraine-Experte; zuletzt im Februar mit Hilfstransport in der Ostukraine)

Otto Löber (Projektpfarrer im ev. Kirchenkreis Hanau und Vorsitzender der Diakonischen Flüchtlingshilfe Main-Kinzig)

Ulrike Eifler (Geschäftsführerin DGB-Region Südosthessen)

Yesim Turan (DIDF-Jugend Hanau)

Musik: **Robert Pfaff**



Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Seite zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalisierende, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, sind von der Veranstaltung ausgeschlossen.

Frankfurt/Offenbach, Ostermontag, 6. 4. 2015

10.00 Uhr Treffpunkt Hanau Hauptbahnhof (Gleis 6)

10.09 Uhr Abfahrt ab Hanau Hauptbahnhof

10.30 Uhr Abmarsch von Kundgebung Offenbach, Stadthof (Rathaus)

13.00 Uhr Abschlusskundgebung Römerberg Frankfurt

Machen auch Sie sich ernsthaft Sorgen um den Frieden in Europa, weil die Zahl der kriegerischen Auseinandersetzungen in aller Welt wächst und die Konflikte immer näher rücken? Damit stehen Sie nicht allein.

Im Ukraine-Konflikt hat das Februar-Abkommen von Minsk die Hoffnung genährt, dass die Waffenruhe einen Friedensprozess einleiten kann. Um die Deeskalation voranzubringen, hat Russland anschließend eine Resolution des UN-Sicherheitsrates initiiert, die trotz Kritik aus den USA und Großbritannien am 18.2.2015 einstimmig verabschiedet wurde. USA und EU unterstützen seit Jahren prowestliche Kräfte in der Ukraine, so auch den gewaltsamen Staatsstreich in Kiew vom 20.2.2014, der zusammen mit dem erpresserischen EU-Assoziierungsabkommen vom November 2013 den aktuellen Konflikt auslöste. Dieses Abkommen sah u.a. die Abkoppelung der Ukraine vom traditionell wichtigen russischen Wirtschaftsraum vor. Die blutige Eskalation auf dem Maidan ist im Februar 2014 von faschistischen »Hundertschaften« sowie von einzelnen Scharfschützen auf Seiten der Demonstranten – wie selbst die britische BBC jetzt berichtete – vorangetrieben worden. Die offizielle Untersuchung jenes Massakers wird bis heute verschleppt.

Die faschistischen Gruppen, die dieses Blutbad mitverursacht haben, bekriegen nun seit fast einem Jahr als fanatische »Freiwilligenbataillone« die Zivilbevölkerung und die Aufständischen in der Ostukraine (Donbass). Die über 30 faschistischen »Freiwilligenverbände« werden u.a. von ukrainischen Oligarchen, aber auch von Neonazi-Netzwerken aus mehreren europäischen Staaten unterstützt – sowie mit Militärgerät aus der Exil-Ukrainer-Gemeinde in Deutschland, wie das ARD-Magazin »Panorama« am 19.2.2015 zeigte. Die Neonazis haben sich Schlüsselpositionen im Repressionsapparat des ukrainischen Staates gesichert und sogar einen eigenen Generalstab gebildet. Sie verfolgen das Ziel, nach »dem Sieg im Donbass« ein faschistisches Regime in Kiew durchzusetzen, um von dort ausgehend in einem »ukrainischen Kreuzzug« das »weiße Europa« von »Untermenschen« zu »säubern«.

Die USA gehen gegen diese neonazistischen Tendenzen nicht vor, sondern wollen sie offensichtlich für ihre Interessen instrumentalisieren – martialische Äußerungen aus der Republikanischen Partei sind nur ein Indiz dafür. Washington eskaliert, unterstützt von diversen Verbündeten, seit Jahren mit einer Einkreisungspolitik den Machtkampf gegen Russland, um die Rolle der USA als »einzige Weltmacht« zu stabilisieren. Die Kiewer Regierung unterstützt das, ihr Außenminister Pristajko erklärte am 22.2.2015, also mitten im aktuellen Waffenstillstand, die Ukraine bereite sich auf einen »großangelegten Krieg« gegen Russland vor. USA und Verbündete haben

150 Militärbasen an den russischen Grenzen platziert, allein in den letzten Monaten sind 8 Stützpunkte hinzugekommen.

Die europäischen NATO-Staaten ordnen sich der Führungsmacht USA unter, weil letztlich nur sie in der Lage ist, die globalen Strukturen des Kapitalismus – Hierarchie der Staaten, Weltfinanzsystem, Ausbeutungsmechanismen, Rohstoff- und Exportmärkte etc. – militärisch abzusichern. Die Folge: Die Kriegsgefahr wächst auch in Europa. Längst wird vom Zweiten Kalten Krieg gesprochen.

Der »Krieg gegen den Terror«, 2001 von Washington proklamiert, hat stets neuen Terror hervorgebracht. Die Terrorbande »Islamischer Staat« (IS), ursprünglich von den USA und ihren regionalen Verbündeten im Kampf gegen Damaskus geför-

dert, vergrößert ihr Herrschaftsgebiet und ihren Einfluss mit einer Strategie der barbarischen Gräueltaten – vor allem in Syrien, im Irak, in Libyen, Ägypten etc. Weitere islamistische Terrorgruppen wüten vorwiegend im Nahen Osten und in afrikanischen Staaten. Wirksam gestoppt wurde der Vormarsch der IS-Terrormilizen in Nordsyrien durch den Kampf der Kurden in der Grenzprovinz Rojava. Die Befreiung der Grenzstadt Kobane wurde zum Symbol dafür, dass der IS besiegt ist. In diesem Verteidigungskampf haben die kurdischen Frauen eine tragende Rolle gespielt – das konnten sie, weil ihre Gleichberechtigung einer der Grundwerte der basisdemokratischen Strukturen in Rojava ist.

NSU-Morde: Braune Spur bis in die Ukraine

Im Ukraine-Konflikt operieren auch heute aus Deutschland heraus militante Neonazigruppen (z.B. die im Freiwilligenbataillon Asow kämpfende »Misanthropic Division«), dabei ist hier die letzte Nazi-Anschlagserie der NSU-Morde bis heute weder politisch noch juristisch aufgearbeitet. Tatsächlich behindert besonders das Land Hessen die Aufklärung der NSU-Morde durch die verweigerte Aussagegenehmigung für den ehemaligen Verfassungsschutzmitarbeiter Andreas Temme (der beim Mord an Halit Yozgat in Kassel zugegen war) und für den von ihm betreuten V-Mann Benjamin Gärtner.

Wir fordern: Keine weitere Behinderung der Aufklärung der NSU-Mordserie in Hessen!

(Stand: 27.2.2015)

Der Ukraine-Konflikt und der IS-Terror zeigen, dass die eingangs genannten Sorgen berechtigt sind. Wir von der Hanauer Friedensplattform laden Sie ein, Ihre Besorgnis auch öffentlich auszudrücken. Kommen Sie zum Ostermarsch am Karfreitag in Bruchköbel. Dort können Sie andere Menschen treffen, die sich für den Frieden engagieren, und Sie können einiges über die Hintergründe der aktuellen Konflikte erfahren.